



Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen

28. Sitzung (nicht öffentlich)

11. November 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.20 Uhr

Vorsitz: Brunhild Decking-Schwill (CDU) (stellv. Vorsitzende)

Stenograph: Günter Labes-Meckelnburg

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- | | | |
|----------|---|----------|
| 1 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999) | 1 |
| | Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/3300 und 12/3400
Vorlagen 12/2207, 12/2223 und 12/2224
Ausschußprotokoll 12/980 | |
| a) | Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit, Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport | 2 |
| b) | Einzelplan 20 - Kapitel 20 030, 20 070 und 20 630 | 5 |

- c) **Einzelplan 14** - **Ministerium für Bauen und Wohnen** 6

In der Sitzung werden zu den Punkten a) bis c) Fragen der Abgeordneten beantwortet.

- 2 **Abfluß der Wohnungsbaumittel in 1998** 9

Der Ausschuß diskutiert über den Abfluß der Wohnungsbaumittel im Jahre 1998 und darüber, welche Änderungen möglicherweise an künftigen Wohnungsbauprogrammen vorzunehmen sind.

- 3 **Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung** 13

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/3422

Der Ausschuß nimmt den Gesetzentwurf einstimmig an.

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/3300 und 12/3400

Vorlagen 12/2207, 12/2223 und 12/2224

Ausschußprotokoll 12/980

Siegfried Zellnig (CDU) fragt vorab, inwieweit die Haushaltsansätze für die in diesem Ausschuß angesprochenen Ministerien aufgrund des angekündigten Ergänzungshaushalts Makulatur seien. - **Minister Dr. Michael Vesper (MBW)** bestätigt, daß an einer Ergänzungsvorlage gearbeitet werde. Sie werde jedoch erst in der kommenden Woche vom Kabinett beraten, da noch Zahlen der aktuellen Steuerschätzung berücksichtigt werden sollten. Außerdem sollten die durch die Ministeriumszusammenlegungen auftretenden Synergieeffekte darin erfaßt werden. Ferner würden die inzwischen eingetretenen weiteren Zwangsläufigkeiten aufgenommen. Die Ergänzungsvorlage werde dennoch nicht die Grundstruktur des Haushalts verändern, so daß aus Sicht der Landesregierung der Haushalt beraten werden könne.

Eingehend auf die entsprechende Nachfrage von **Bernhard Schemmer (CDU)** bekräftigt **Minister Dr. Michael Vesper (MBW)**, daß für die Einzelpläne 14 und 15 keine substantiellen Änderungen auftreten würden. Wie in jedem Jahr müßten aber in einer Ergänzungsvorlage die seit dem Haushaltsbeschluß der Landesregierung eingetretenen Entwicklungen einbezogen werden. Er bitte um Verständnis, daß das Ergebnis der Steuerschätzung abgewartet worden sei, um realistische Planungszahlen zu erhalten. Das diene auch dem Parlament.

Siegfried Zellnig (CDU) erklärt sich bereit, den Haushalt zu beraten, wenn die Ergänzungsvorlage tatsächlich keine substantiellen Änderungen enthalten werde.

Siegfried Zellnig (CDU) verweist auf die getroffene Absprache, daß heute Fragen zum Haushalt gestellt würden, aber eine Diskussion über den Haushalt erst im Zusammenhang mit Anträgen zu diesem durchgeführt werden solle. - **Gerd-Peter Wolf (SPD)** bestätigt diese Aussage.

a) Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit, Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Franz Riscop (CDU) spricht bei Kapitel 15 010 - Ministerium - die Rundfunk- und Fernmeldegebühren an, und fragt, ob mit anderen Anbietern verhandelt werde, um zu einer Verringerung bei diesen Kosten zu gelangen. - **RA'e Huesmann-Kaiser (MASSKS)** teilt mit, der Finanzminister werde wohl im Rahmen der Haushaltsberatungen im Haushalts- und Finanzausschuß für alle Ressorts dazu berichten. Es sei ein Vertrag mit der Firma Otelo abgeschlossen worden.

Hedwig Tarnier (GRÜNE) bittet bei Kapitel 15 020 - Allgemeine Bewilligungen - zu Titelgruppe 91 - EXPO 2000 - um Information darüber, welche haushaltsmäßigen Auswirkungen die sich verschlechternde Lage der EXPO 2000 habe, ob die Realisierung der nordrhein-westfälischen EXPO-Projekte sichergestellt erscheine und ob dabei ein ordentlicher kaufmännischer Maßstab angelegt werde. - **Bernhard Schemmer (CDU)** möchte ebenfalls konkretere Angaben zu diesem Punkt, insbesondere interessiere ihn, was unter "Beistellungen des Landes Nordrhein-Westfalen" zu verstehen sei.

RA'e Huesmann-Kaiser (MASSKS) stellt klar, die Diskussion um die EXPO betreffe die GmbH in Hannover und nicht den Landeshaushalt. Die Angaben im Landeshaushalt bezögen sich auf den Deutschen Pavillon, wofür es bekanntlich eine Trägergesellschaft gebe, an der das Land beteiligt sei. Der Erläuterungsband enthalte auf Seite 18 weitere Informationen. Die veranschlagten Kosten für den Deutschen Pavillon seien auch in der mittelfristigen Finanzplanung niedergelegt gewesen. Derzeit könne nicht abgesehen werden, ob höhere Kosten auf das Land zukämen. Das Engagement des Landes beim Deutschen Pavillon teile sich auf in Investitionen und Beistellungen. Das Land habe insgesamt 9,6 Millionen DM für Investivmaßnahmen im Deutschen Pavillon zugesagt. Die Beistellungen beträfen zum einen das Programm des Landes. Das Land werde mit einem Beitrag im Deutschen Pavillon präsent sein. Ferner werde es sogenannte Länder-Wochen geben, die unter Federführung von Professor Everding vorbereitet würden, an denen sich das Land ebenfalls beteiligen werde. Das in den Erläuterungen erwähnte EXPO-Sekretariat bei der IBA Emscher-Park betreue die weltweiten Projekte für das Land Nordrhein-Westfalen, wozu beispielsweise die Beantragung und die gesamte Abwicklung gehöre.

Dr. Harald Pohlmann (CDU) möchte wissen, in welchem Umfang EXPO-Mittel für Projekte in Ostwestfalen-Lippe in diesem und im nächsten Jahr flössen, schließlich sei in der Region eine Erwartungshaltung geweckt worden, daß in einem Zeitraum von etwa fünf Jahren 150 Millionen DM vom Land kämen, und ob diese Mittel zu Lasten anderer Förderprogramme wie dem Radwegbau gingen. - **MDgt Dr. Roters (MASSKS)** legt dar, die Mittel für die nordrhein-westfälischen Projekte - weltweite Projekte oder Projekte im Zusammenhang mit der OWL-Initiative 2000 - fänden sich in den Spezialhaushalten aller investiven Ressorts wie

MBW, MWMTV und MASSKS wieder. Die Finanzierung der mit der Region vereinbarten Projekte sei sichergestellt. In wenigen Wochen werde das von der Landesregierung mitfinanzierte gesamte Projektetabellau bis zum Jahr 2000 vorgestellt werden können.

Hedwig Tarner (GRÜNE) bittet um Begründung für die Steigerung bei Titel 124 10 "Mieten und Pachten" um 6,8 Millionen DM. - **MDgt Dr. Roters (MASSKS)** hebt hervor, diese Steigerung zeige, daß versucht werde, ein Höchstmaß an Einnahmen aus dem Grundstücksfonds zu erzielen.

Bernhard Schemmer (CDU) bittet zu erklären, wieso über den Grundstücksfonds, bei dem doch Grundstücke aufgekauft und nach Aufarbeitung wieder veräußert würden, Mieten und Pachten erzielt würden. - **LMR Collinet (MASSKS)** erläutert, bis vor zwei Jahren habe es beim Grundstücksfonds eine Nettoveranschlagung gegeben, seitdem würden auch die Erlöse aus Verkäufen und aus Mieten und Pachten im Haushalt etatisiert. Die Steigerung bei Mieten und Pachten beruhe auf einer Prognose. - **MDgt Dr. Roters (MASSKS)** ergänzt am Beispiel Zollverein zur Verdeutlichung, daß auf dieser Fläche, die dem Grundstücksfonds gehöre, auch ein hervorragendes Industriedenkmal stehe, das kräftig genutzt werde. Aus diesen Nutzungen würden Mieteinnahmen erzielt. Im übrigen habe der Grundstücksfonds stets im Prozeß der Aufbereitung vor einer vernünftigen endgültigen Lösung Zwischennutzungen umgesetzt.

Siegfried Zellnig (CDU) hat bezüglich Kapitel 15 100 - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung - mit dem Hinweis, daß die Ausgaben zwar um eine Millionen DM anstiegen, während die Einnahmen um die Hälfte zurückgingen, die Sorge, daß der Zuschußbedarf möglicherweise unkontrolliert wachse.

RA'e Huesmann-Kaiser (MASSKS) läßt wissen, die Mehrkosten beruhten im wesentlichen auf den im nächsten Jahr stattfindenden Umzug des ILS. Die einzelnen diesbezüglichen Positionen seien auf Seite 190 des Einzelplans ausgewiesen.

Für **Siegfried Zellnig (CDU)** sind dennoch die Einnahmen völlig unzureichend. Jeder wirtschaftlich Denkende würde eine Einrichtung schließen, die bei Ausgaben von 8 Millionen DM nur 136 000 DM Einnahmen erziele.

Hedwig Tarner (GRÜNE) hebt heraus, daß das ILS relativ viel für das MASSKS und für andere Ministerien arbeite und für diese Untersuchungen vornehme, und fragt, ob der Erklärungsansatz für die geringeren Einnahmen des ILS darin liege, daß für Gutachten und Untersuchungen weniger Mittel im Haushalt eingestellt seien, also Mehrarbeit möglicherweise nicht in Rechnung gestellt werde.

RA'e Huesmann-Kaiser (MASSKS) erinnert an die letztjährige globale Minderausgabe bei den 526er Titeln. In einem solchen Fall müsse man natürlich das Institut noch stärker als sonst mit Gutachteraufträgen belasten. Im übrigen erscheine der Rückgang bei den Einnahmen nicht als ungewöhnlich, da diese nie in Relation zu den Ausgaben gestanden hätten. Bekanntlich übernehme das ILS auch sehr viele Aufgaben für die Kommunen des Landes sowie für zahlreiche Ministerien. Eine Verrechnung finde nicht statt, sondern das ILS führe die Aufgaben im Auftrag des Landes durch.

Siegfried Zellnig (CDU) bittet bei **Kapitel 15 300 - Schloß Augustusburg und Schloß Falkenlust in Brühl** - um Darlegung, welche Einnahmehauswirkungen die Verlagerung des Regierungssitzes nach Berlin haben werde. - **RA'e Huesmann-Kaiser (MASSKS)** hält es für möglich, daß die Zahl der Veranstaltungen zurückgehen werde. Man müsse insoweit die Entwicklung in den nächsten Jahren abwarten. Derzeit werde dort die Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt. - **Minister Dr. Michael Vesper (MBW)** merkt ergänzend an, der Ausschuß sei herzlich eingeladen, sich nach der Renovierung vor Ort einmal darüber zu informieren, was die staatliche Bauverwaltung und die Nutzerressorts auf diesem Gebiet leisteten.

Franz Riscop (CDU) kommt bei **Kapitel 15 820 auf das Ständehaus - Titelgruppe 99** - zu sprechen und möchte wissen, ob es bei der Finanzierung aus Erlösen aus dem Verkauf von Grundstücken im Raume Düsseldorf bleibe. Nunmehr würden jedoch 25 Millionen DM Barmittel zur Finanzierung der Maßnahme bereitgestellt.

Minister Dr. Michael Vesper (MBW) verweist auf den technischen Ablauf und meint, die Ausweisung der 25 Millionen DM besage nicht, daß das genannte Prinzip nicht eingehalten werde. Der Finanzminister bemühe sich nach wie vor darum, bestimmte Grundstücke in Düsseldorf zu vermarkten, woraus diese Maßnahme dann finanziert werde. Wenn vor einer Weiterplanung beim Ständehaus erst der Fluß von Geldern aus entsprechenden Grundstücksveräußerungen abgewartet werden sollte, müsse das Land die Jahrtausendewende noch mit einem "vergammelten" Ständehaus verbringen. Das Interesse der Landesregierung bestehe jedoch darin, dieses Juwel so schnell wie möglich zu renovieren und der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Es bleibe also beim Prinzip, aber nicht in der offenbar vom Abgeordneten Riscop erwarteten Rigorosität. Die Gegenfinanzierung werde aber gewährleistet werden.

Er wende sich nicht gegen den Beginn der Renovierungs- und Umbaumaßnahmen beim Ständehaus, geht darauf **Franz Riscop (CDU)** ein, sondern gegen die Art der Finanzierung. Wenn die Aussage des Finanzministers geteilt werde, die in Aussicht genommenen Grundstücke seien wegen des Fehlens von Bebauungsplänen nicht veräußerbar, sollte das klar und deutlich gesagt werden, weil dann jeder wisse, daß andere Überlegungen angestellt werden müßten.

Minister Dr. Michael Vesper (MBW) macht darauf aufmerksam, hinsichtlich der Grundstücksveräußerungen bedürfe es der Kooperation der Stadt Düsseldorf. Um die Kooperationsbereitschaft zu erhöhen, habe es diverse gemeinsame Sitzungen von Vertretern der Landesregierung und der Stadt Düsseldorf gegeben. Nach seinem Eindruck befinde man sich inzwischen auf einen besseren Weg, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall gewesen sei. Er hoffe deswegen, daß es sehr bald zu einer vernünftigen Vermarktung dieser Grundstücke komme.

Stellv. Vorsitzende Brunhild Decking-Schwill teilt abschließend mit, daß die Antragsitzung am 25. November 1998 stattfinde. Die Fraktionen sollten entsprechend der langjährigen Übung ihre Anträge - das gelte für alle Bestandteile der Haushaltsberatungen - rechtzeitig erstellen und untereinander austauschen.

b) Einzelplan 20 - Kapitel 20 030, 20 070 und 20 630

Auf die Frage von **Hedwig Tärner (GRÜNE)** nach der Finanzierung von EXPO und der IBA-Abschlußpräsentation informiert **MDgt Dr. Roters (MASSKS)**, die IBA-Abschlußpräsentation werde aus den Mitteln finanziert, die die Landesregierung der IBA GmbH zur Verfügung gestellt habe, und sei gesichert. IBA-Projekte würden im übrigen zum Teil aus dem **Kapitel 20 030** finanziert, aber auch aus vielen anderen Ressortmitteln. Im Jahre 1999 werde das Gros der IBA-Projekte fertiggestellt präsentiert werden können. Einige Probleme dürfte es jedoch gegen Jahresende insoweit geben, weil man nicht genau die Höhe des Budgets für die Städtebauförderung kenne. Möglicherweise werde es diesbezüglich ein paar Verteilungsprobleme geben. Aber was der Emscher Region versprochen worden sei, könne im Jahre 1999 fertig präsentiert werden.

Siegfried Zellnig (CDU) merkt bezüglich einer rechtzeitigen Stellung von Anträgen zum Haushalt an, das könne nur klappen, wenn der Ergänzungshaushalt rechtzeitig vorliege, so daß ausreichend Zeit für dessen Durcharbeitung vorhanden sei, andernfalls müßten die vorgesehenen Sitzungstermine verschoben werden. - **Stellv. Vorsitzende Brunhild Decking-Schwill** hält diese Überlegung für vernünftig. Sie habe aber eben gehört, daß der Ergänzungshaushalt rechtzeitig vorgelegt werden solle. Es liege im Interesse aller Fraktionen, wenn genug Zeit vorhanden sei, um sich mit dem Ergänzungshaushalt zu befassen.

c) Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

Auf die Frage von **Franz Riscop (CDU)** nach dem Grund für die Erhöhung des Ansatzes bei **Titel 518 20 "Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge"** in **Kapitel 14 010** antwortet **MR Michel (MBW)**, man habe sich an der Ist-Ausgabe 1997 orientiert. Die Steigerung des Ansatzes erscheine zum Ist moderat. - Der Ansatz bei **Titel 514 10 "Haltung von Dienstfahrzeugen"** - danach hatte **Franz Riscop (CDU)** ebenfalls gefragt - rechtfertige sich damit, daß die angeschafften Fahrräder auch gepflegt werden müßten.

Bernhard Schemmer (CDU) fragt bei **Kapitel 14 020** nach dem Grund für die Erhöhung bei **Titel 531 20 "Veröffentlichungen und Dokumentation"** und meint, möglicherweise könne bei dem Wust an Veröffentlichungen auch nicht mehr zwischen Wesentlichem und Unwesentlichem unterschieden werden.

Minister Dr. Michael Vesper (MBW) legt Wert auf die Feststellung, daß alle Veröffentlichungen seines Hauses wesentlich seien. Das MBW gebe im Vergleich als Ressort am wenigsten für Öffentlichkeitsarbeit aus. Der Mehrbetrag im Jahre 1999 gründe darauf, daß die Dokumentation "Kunst und Bau" abschließend finanziert werden solle. Alle acht Jahre werde eine Dokumentation darüber erstellt, was im Kunst- und Baubereich finanziert worden sei. Für ihn erscheine es notwendig, diese in den Landesgebäuden stehenden Schätze einer breiteren Öffentlichkeit über eine solche Dokumentation zugänglich zu machen. Das gehöre auch in den Einzelplan 14, da das Bauministerium dafür Sorge zu tragen habe, daß die Richtlinie K 7 eingehalten werde.

Siegfried Zellnig (CDU) sieht zur **Fortbildungseinrichtung des Ministeriums für Bauen und Wohnen** in Gelsenkirchen seine Vorhersage bestätigt, daß bei dieser Einrichtung ständig Zuschüsse geleistet werden müßten, wie aus dem Einzelplan 14 auf den Seiten 34 und 144 ersichtlich sei, und fragt, ob wenigstens versucht werde, Veranstaltungen usw. zu verkaufen. Andernfalls wäre es billiger gewesen, die Mitarbeiter bei privaten Veranstaltern schulen zu lassen.

Insofern bestehe offenbar eine falsche Vorstellung von dem, was in der Fortbildungsakademie Gelsenkirchen geleistet werde, nimmt **Minister Dr. Michael Vesper (MBW)** Stellung. Dort erfolge die gesamte Fortbildung der Mitarbeiter der staatlichen Bauverwaltung. Diese außerordentlich erfolgreiche Fortbildung sei gerade aufgrund der zu erbringenden vielen kw-Stellen besonders wichtig. Das koste natürlich Geld, bilde andererseits die Voraussetzung für die Realisierung von kw-Vermerken, ohne daß darunter die Qualität der Arbeit der staatlichen Bauverwaltung leide. Unter dem Strich rechne sich für ihn deshalb dieser Aufwand. Im übrigen sei die Fortbildungsakademie vollständig ausgelastet. Sofern sich freie Kapazitäten ergäben, würden auch Private einbezogen. - **MR Michel (MBW)** fügt hinzu, bereits in der

Vergangenheit habe man, nachdem von seiten der CDU-Fraktion dieses Thema angesprochen worden sei, darauf hingewiesen, daß sich diese Einrichtung betriebswirtschaftlich rechnen werde.

Auf den Einwurf von **Siegfried Zellnig (CDU)**, ein solcher Nachweis sei nie erbracht worden, versichert **MR Michel (MBW)**, dies werde geschehen, weil bei dieser Fortbildungseinrichtung eine Kosten/Leistungs-Rechnung bis Ende des nächsten Jahres eingeführt werde. Danach werde bewiesen werden können, daß diese Einrichtung kostendeckend arbeite.

Siegfried Zellnig (CDU) möchte zu **Kapitel 14 040 - Angelegenheiten des Bauwesens - Titel 121 00 "Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen"** wissen, ob die LEG eine vierprozentige Verzinsung ihres Eigenkapitals erreiche und ob die WestLB weiterhin eine Bürgschaftsprovision zahle und wo diese ausgewiesen werde.

Die LEG, antwortet **Staatssekretär Morgenstern (MBW)**, habe wohl im Jahre 1995 zum erstenmal überhaupt eine Ausschüttung vorgenommen. Seinerzeit habe diese aber nur zwei Prozent betragen können. Zum 1. Januar 1997 habe es bekanntlich eine Reorganisation der LEG gegeben, um insbesondere im Personal- und Verwaltungsbereich Synergieeffekte ausnutzen zu können. Damals sei für diesen Bereich bei der LEG ein Einsparungsprogramm bis zum Jahr 2000 beschlossen worden. Dieser Plan sei bisher eingehalten worden und werde nach den vorliegenden Wirtschaftspläne bis zum Jahr 2000 umgesetzt. Mit der Reorganisation der LEG habe der Aufsichtsrat beschlossen, daß die LEG spätestens ab dem Jahr 2000 eine vierprozentige Verzinsung auf das eingesetzte Stammkapital zu erbringen habe. Anfang Dezember würden im LEG-Aufsichtsrat die Wirtschaftspläne von 1999 bis 2003 beraten. Dabei könne der Aufsichtsrat beschließen, daß eine vierprozentige Verzinsung sichergestellt werde.

Siegfried Zellnig (CDU) fragt, aus welchen Gründen die im letzten Jahr im Zuge der Haushaltsberatungen eingesetzten 63 000 DM für den Siedlerbund - **Titel 685 16 "Zuwendungen an Vereinigungen, gemeinnützige Unternehmen und sonstige Stellen zur Förderung des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens"** - gestrichen worden seien. - **Staatssekretär Morgenstern (MBW)** legt dar, wegen der bekannten Sparzwänge und weil es Probleme bereitet habe, zu begründen, warum diese Einrichtung im Gegensatz zu anderen Einrichtungen gefördert worden sei, habe die Landesregierung keine Mittel für den Siedlerbund eingesetzt.

Franz Riscop (CDU) bittet um Erläuterung, warum der Ansatz bei **Titel 892 71 "Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen"** um eine Million DM gekürzt worden sei, zumal auf der gleichen Seite des Haushaltspanentwurfes der **Titel 526 71 "Ausgaben für Gutachten, Sachverständige und Tagungen"** fast verdoppelt werde. - **MR Michel (MBW)** legt

dar, die "Zukunftsinitiative Bau" sei erstmals im Haushalt 1998 enthalten gewesen. In diesem Jahr solle ein Vertrag mit einem Beratungsunternehmen abgeschlossen werden, wofür im laufenden Jahr der Ansatz von drei Millionen DM in etwa benötigt werde. Im kommenden Jahr reichten zwei Millionen DM aus. Das werde auch aus dem Haushalt 1998 erkennbar, der neben dem Ansatz von drei Millionen DM eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung enthalten habe.

Bei Kapitel 14 050 - Förderung des Wohnungsbaus - möchte Hedwig Tarnier (GRÜNE) zu Titel 111 21 "Fehlbelegungsabgabe - Land" wissen, von welchen Eckpunkten das Bauministerium bei der Erhebung der Fehlbelegungsabgabe ausgehe.

MR Michel (MBW) führt aus, im Jahre 1997 habe die Ist-Einnahme etwa 240,4 Millionen betragen. Im Grunde genommen rechne man mit gleichen Einnahmen. Allerdings fielen Jahr für Jahr Wohnungsbindungen weg. Das Ministerium komme bei Einrechnung dieser Entwicklung zu dem etwas geringeren Einnahmeansatz für 1999.

Auf einen entsprechenden Hinweis von Franz Riscop (CDU) bittet MR Michel (MBW) um Nachsicht dafür, daß bei Kapitel 14 070 - Staatliche Bauverwaltung - der Ansatz bei Titel 811 10 "Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen" mit der Titelerläuterung nicht übereinstimme.

Auf die entsprechende Frage von Gerd-Peter Wolf (SPD) zu Kapitel 14 071 - Landesinstitut für Bauwesen - teilt MR Michel (MBW) mit, daß der Landesrechnungshof seine Prüfung abgeschlossen habe. Zur Zeit liefe die Schlußabstimmung über die Prüfungsbemerkungen. Drei Punkte seien wesentlich. So könne die Personalzahl geringfügig reduziert werden. Auf der anderen Seite werde ein Stellenzugang vom Rechenzentrum der Finanzverwaltung sowie vom ETS Düren, einer Computererprobungsstelle der staatlichen Bauverwaltung, zu verzeichnen sein. Die Stellen dieser beiden Einrichtungen sollten zum LB Aachen verlegt werden, um die Kompetenz bei der Datenverarbeitung zu bündeln. Bezüglich des Sachhaushaltes habe der Landesrechnungshof keine grundlegenden Vorschläge unterbreitet. Das Prüfungsergebnis sei insgesamt sehr positiv ausgefallen.

Zu den Ansätzen bei Kapitel 14 090 - Programm "Rationelle Energienutzung" - bittet Bernhard Schemmer (CDU) um Angabe, inwieweit es sich bei den Titeln auf Seite 176 um konsumtive beziehungsweise investive Ausgaben handele und unter welchem Titel das Beratungsangebot ausgewiesen werde. - MR Michel (MBW) stellt klar, es handele sich ausschließlich um Investitionen. Das Beratungsangebot sei in Titel 683 00 etatisiert.

Bernhard Schemmer (CDU) hält es für ökologisch fragwürdig, wenn ausschließlich kleine und mittlere Anlagen gefördert würden. - Der vom Abgeordneten gezogene Schluß, treffe

nicht zu, stellt **Staatssekretär Morgenstern (MBW)** richtig. Die Zuschußförderung sei zwar größenbegrenzt, aber zunehmend würden größere Einheiten aus dem Kreditprogramm gefördert. Um eine Vergleichbarkeit herzustellen, müsse bei einem Zuschuß und einer Kreditfinanzierung der Subventionswert errechnet werden. Aus der Kreditförderung für größere Anlagen resultiere keine Benachteiligung. Es gehe nicht um eine Förderung bereits eingeführter Technik, sondern es sollte führende Technik gefördert werden. Größere Anlagen würden jedoch nur aus dem Kreditprogramm und nicht aus dem Zuschußprogramm über das MBW gefördert, und zwar aus Titel 662 00 "Schuldiensthilfen an private Unternehmen".

Dann verwundere ihn aber, geht darauf **Bernhard Schemmer (CDU)** ein, daß dieser Ansatz in solch starkem Ausmaß gekürzt werde, während der Ansatz bei Titel 893 00 "Zuschüsse für Sonstige im Inland" sich verzehnfacht habe. - Einer der wichtigsten Gründe liege in den zur Zeit sehr niedrigen Kreditzinsen, hebt **Staatssekretär Morgenstern (MBW)** hervor. - **MR Michel (MBW)** ergänzt, der Zins werde über die Investitionsbank Nordrhein-Westfalen subventioniert. Zur Zeit müsse für solche Kredite ein Zinssatz von unter drei Prozent gezahlt werden.

Hedwig Tarner (GRÜNE) hält bei **Kapitel 14 210 - Geschäftsstelle der ARGEBAU** - den Ansatz **Titel 527 10 "Reisekostenvergütungen für Dienstreisen"** für auffällig. - **MR Michel (MBW)** begründet diesen damit, daß die Reisekosten veranschlagt seien für die Mitglieder der ARGEBAU, die in den Ausschüssen arbeiteten.

2 Abfluß der Wohnungsbaumittel in 1998

Zu Beginn der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes wird eine Übersicht der Wfa - Stand: 30. Oktober 1998 - verteilt, die dem Protokoll als Anlage beigelegt ist.

Siegfried Zellnig (CDU) räumt ein, daß in früheren Jahren am Ende des Jahres "die Post abgegangen" sei. In diesem Jahr gebe es aber Anhaltspunkte, daß es zu dieser Entwicklung im Mietwohnungsbau nicht kommen werde. Nach seinen Beobachtungen engagierten sich die Unternehmen in der westdeutschen Wohnungswirtschaft nicht im sozialen Wohnungsbau. Das werde nicht nur mit der Struktur des Wohnungsbauprogrammes erklärt, sondern viele Geschäftsführer dieser Unternehmen sähen, daß sie sich über Neubau bezüglich ihrer eigenen Leerstände Konkurrenz schafften. Mit Sicherheit werde wie in den vergangenen Jahren bei den Mieteinfamilienhäusern das Programm nicht erfüllt, was mit den unzureichenden Bedingungen zusammenhänge. Das Programm des 2. Förderweg passe nicht mehr in die Zeit, weil im freifinanzierten Wohnungsmarkt über Preisdruck die Mieten sinken würden. Kein Mieter unterschreibe deshalb heute einen Vertrag, bei dem die Miete bis auf 15 DM ansteige. Insofern bestehe Veranlassung, die Struktur dieses Programmes zu überdenken. Er halte es für erforderlich, über die Strukturen des Programms nachzudenken - das gelte insbesondere mit Blick auf das Wohnungsbauprogramm 1999 -, weil die Begehrlichkeit bei den Finanz-